

Minister für Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt, Natur und Digitalisierung
Herrn Jan Philipp Albrecht,
Mercatorstraße 3,
24106 Kiel

Marieke Lehnen
23558 Lübeck
buergerinitiative.loa@gmail.com

Lübeck, 06.11.2020

Offener Brief zur Lagerung von Bauschutt aus dem Kernkraftwerk Brunsbüttel auf der Deponie Niemark in Lübeck

Sehr geehrter Herr Minister Albrecht,

als Lübeckerin und zukünftige direkte Anwohnerin der Deponie Niemark habe ich mit Sorge Ihre Bekanntmachung einer Zwangszuweisung von freigemessenem Material aus dem AKW Brunsbüttel in Niemark verfolgt. Wie Sie sicher mitbekommen haben, wächst gegen diese Entscheidung der Unwille in der Bevölkerung. Wir Bürger sind nicht bereit die Lagerung von belastetem Abbaumaterial aus Kernkraftwerken und eine Zwangszuweisung stillschweigend hinzunehmen. Dies hat sich erst vor kurzem wieder bei der Demonstration vor der Deponie in Harrislee gezeigt. Auch hier in Lübeck haben wir eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen und bereits über 1300 Unterschriften gegen die Zwangszuweisung und die Lagerung des Materials aus Brunsbüttel gesammelt. Täglich schließen sich weitere Menschen unserer Bürgerinitiative an.

Wir haben Ihnen nun bereits mehrere Mails zum Thema mit Nachfragen und dem Ausdruck unserer Besorgnis zukommen lassen und finden es sehr bedauerlich, dass aus Ihrem Ministerium nur mit beschwichtigenden Worten und dem Verweis auf Infoveranstaltungen aus dem Jahr 2015 reagiert wird. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie auch heute noch an den Standorten Präsenz zeigen, die Bevölkerung fortlaufend informieren und in die Diskussion einsteigen würden. 1500 Demonstranten in Harrislee und über 1300 Petitions-Unterzeichner in Lübeck zeigen: Der Bedarf bei den Bewohnern besteht in jedem Fall!

Leider können wir als Bürger den oft angepriesenen transparenten Prozess und den Willen ihrerseits zu einem offenen Austausch mit den Betroffenen vor Ort nicht erkennen.

Konkret möchte ich Ihnen jedoch in meinem Schreiben auch ein paar Fragen stellen:

1.: Wie viel Material planen Sie auf jeder einzelnen der vier vorgesehenen Deponien zu lagern? Wie sieht diese Lagerung konkret aus?

2.: Wann wird die erste Anlieferung auf einer der vier Deponien, insbesondere in Niemark, stattfinden? Wie planen Sie die Öffentlichkeit darüber zu informieren?

3.: Wie können Sie garantieren, dass weder für die jetzigen Anwohner, noch für nachfolgende Generationen ein gesundheitlicher Schaden durch das freigemessene AKW-Material entstehen wird? (Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Deutsche Ärztetag bereits 2017 festgestellt hat, dass jede zusätzliche Strahlenbelastung zu der natürlich vorkommenden Strahlung eine Belastung und somit ein Gesundheitsrisiko darstellt¹⁾)

4.: Wer garantiert uns Bürgern, dass es tatsächlich bei unbelastetem – gerne als „Nebengebäude“ dargestelltem – Bauschutt bei der Lagerung auf Mülldeponien bleibt?

Die jüngst bekannt gewordene Abfüllpanne in Brunsbüttel², aber auch die Aussage von Betreiber Vattenfall auf der Homepage des AKW Brunsbüttel, man müsse nur 1-3 Prozent des gesamten Werkes tatsächlich als Atommüll gesondert lagern³, macht es uns schwer den Versprechungen von völlig transparenten Verfahren und gänzlich unbelasteten Materialien zu glauben.

Abschließend möchte ich an Sie appellieren: Stellen Sie finanzielle Interessen nicht vor den Schutz von Umwelt und der Gesundheit der Schleswig-Holsteiner, überdenken Sie die Lagerung von freigemessenem Material auf normalen Mülldeponien und sehen Sie von Zwangszuweisungen ab.

Für einen offenen Dialog sind wir in Lübeck immer gerne bereit.

Mit freundlichen Grüßen



Marieke Lehnen i.A. der Bürgerinitiative Lübeck ohne Atomschutt

¹ Vgl.: https://www.vpt.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse_AErztetag_2017_002_.pdf
(Seite 240)

² Vgl.: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article230662010/Panne-beim-Verpacken-von-Metallschrott-im-AKW-Brunsbuettel.html>

³ Vgl.: <https://perspektive-brunsbuettel.de/bis-zur-gruenen-wiese/rueckbau/>